
Politik, Gesellschaft, Medien

Österreich zwischen Reformation und Erstem Weltkrieg

Christian Oggolder

Zusammenfassung

Der Beitrag setzt sich zum Ziel, einen sozial- und ereignisgeschichtlichen Rahmen für die Darstellung der medialen Entwicklungen zwischen Ende des Mittelalters und Beginn der Moderne abzustecken. Um diese große Zeitspanne österreichischer Geschichte, die politisch und gesellschaftlich enormen Wandlungs- und Veränderungsprozessen unterworfen war, in ihrer Komplexität erfassen zu können, werden zur Gliederung drei historische Zeiträume mittlerer Dauer beschrieben, die sowohl politisch als auch gesellschaftlich und in der Folge ebenso unter medienhistorischen Aspekten als sinnvolle und begründbare Phasen der Geschichte verstanden werden können.

Der lange und sowohl politisch als auch gesellschaftlich heterogene Zeitraum vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, mit anderen Worten vom Ende des Mittelalters bis zum Beginn der Moderne, bedarf zumindest einer groben inhaltlichen Strukturierung, um ihn in seiner Komplexität auch nur annähernd erfassen zu können (vgl. Scheutz und Strohmeier 2010). Dieser Komplexität entsprechend sind auch die Medien samt ihren Wandlungsprozessen im Verlauf der historischen Zeit zu betrachten.

Im gleichen Maße unterliegt das gesellschaftliche und politische Gefüge, das wir Österreich nennen wollen, im Laufe dieser vier Jahrhunderte ebenso massiven Veränderungen. Diese beziehen sich nicht nur auf sein Territorium, sondern gleichermaßen auf politische und soziale Rahmenbedingungen. Dieses Kapitel steckt diesen Rahmen als historische Grundlage für die Darstellung der medialen Entwicklungen in groben Zügen ab. Dabei werden zur Gliederung drei Zeitabschnitte als historische Zeiträume mittlerer Dauer beschrieben, die sowohl politisch als auch gesellschaftlich und in der Folge ebenso unter medienhistorischen Aspekten als sinnvolle und begründbare Phasen der Geschichte verstanden werden können (vgl. etwa Winkelbauer 2003, Bruckmüller 2001, Vocolka 2001, Rumpler 1997).

1 Reformation, Gegenreformation und Dreißigjähriger Krieg

Die knapp eineinhalb Jahrzehnte zwischen Reformation und Ende des Dreißigjährigen Krieges (1520-1648), die meist als Zeitalter der Glaubenskämpfe (Zeeden 1965) bezeichnet werden, waren jedoch weit über konfessionelle Fragen hinausgehend von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung Österreichs, des Reichs und in der Folge auch für ganz Europa. Heinrich Lutz (2002, S. 2) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Epoche „neben den kirchlich-konfessionellen Konflikten aufs stärkste von politischen und sozialen Gegensätzen geprägt war. Häufig haben wir es mit Überlagerungen und Verklammerungen von Konfliktfeldern unterschiedlicher Art zu tun“.

Aus der Perspektive einer österreichischen Geschichte ist dabei die Rolle der Habsburger Kaiser wesentlich, nicht zuletzt deshalb, weil mit Österreich oft etwas unscharf das Herrschaftsgebiet der Habsburger gemeint ist (vgl. Zöllner 1988; Kann 1993, S. 17). Diese Unschärfe liegt zum einen darin begründet, dass in der Frühen Neuzeit noch nicht von territorialen Nationalstaaten wie wir sie aus dem 19. Jahrhundert kennen gesprochen werden kann, sondern unter feudalistischen Bedingungen von Untertanenverbänden mit direkter oder indirekter personeller Verbindung zum jeweiligen Herrscher. Im Falle der Habsburger sprechen wir da-

bei etwa von den Habsburgischen Erblanden, unter denen das Erzherzogtum Österreich – seit 1490 administrativ in Österreich ob der Enns und Österreich unter der Enns geteilt, in etwa dem heutigen Ober- und Niederösterreich entsprechend – nur eine unter vielen Herrschaften darstellte. So zählten darüber hinaus u.a. auch die Länder der Böhmisches Krone sowie die Länder der Ungarischen Krone zum habsburgischen Herrschaftsgebiet.

Zum andern stellte das Haus Habsburg nahezu während der gesamten Frühen Neuzeit ebenso die Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, welches nun wiederum auch jene deutschsprachigen Gebiete umfasste, die erst 1871 zu einem nationalstaatlichen Territorium, dem kaiserlichen Deutschland, zusammengefasst wurden. Daher ist es ähnlich problematisch, von „Deutschland“ in der Frühen Neuzeit zu sprechen. Entsprechend vielfältig und unterschiedlich ist letzten Endes auch das, was in den zeitgenössischen Medien mit *deutsch* und *Deutschland* jeweils gemeint ist (vgl. Kapitel 4 in diesem Band).

Aus dieser Gemengelage von habsburgischen Ländern und dem – aus deutscher Perspektive – als Altes Reich bezeichneten Heiligen Römischen Reich gilt es Österreich und seine Spezifika gleichsam herauszudestillieren. Für das 16. Jahrhundert symbolisiert in besonderem Maße die Person Kaisers Karl V. die Schwierigkeit, Österreich im Sinne eines nationalstaatlichen Zugangs wie wir ihn seit dem 19. Jahrhundert kennen zu betrachten, nicht zuletzt deswegen, weil Karl als deutscher Kaiser gleichzeitig als spanischer König in Madrid residierte und die österreichischen Länder von seinem Bruder Ferdinand regiert wurden, der wiederum nach Karls Tod diesem als Kaiser des Reichs nachfolgte. Alfred Kohler hebt diesen Punkt in seiner Karl-Biographie einleitend hervor, indem er betont, dass „nationale Reklamationen dem ‚europäischen Phänomen‘ Karl V. nicht gerecht (werden), denn gerade die europäische Dimension macht das Einmalige und Typische dieses frühneuzeitlichen Herrschers aus“ (Kohler 2001, 29). Vor diesem Hintergrund erweitert sich die Problematik des Österreichischen im Sinne des Habsburgischen auf eine europäische Dimension.

An dieser Stelle wird klar, dass das Eintreten der katholischen Habsburger für ihre Konfession im gleichen Maße wie die protestantischen Rebellionen von deutschen Fürsten im Reich immer auch politische Statements waren. Die unsaubere Trennung von konfessionellen Anliegen und politischem Interesse zeigt sich besonders augenscheinlich in der Positionierung der französischen Könige, die als katholische Herrscher bisweilen auch protestantische Fürsten militärisch unterstützten, um der für Frankreich als Bedrohung empfundenen spanisch-österreichischen, d.h. habsburgischen Umklammerung etwas entgegen setzen zu können.

Heute betrachten wir das Zeitalter von Renaissance, Humanismus und Reformation als eine Periode des Aufbruchs zu etwas Neuem, das nicht von ungefähr

in späterer Zeit als Neuzeit – in scharfer Abgrenzung zu einem „dunklen“ Mittelalter – bezeichnet wurde. Die Menschen des Reformationsjahrhunderts hingegen empfanden ihre Zeit keineswegs als ein zukunftsorientiertes Aufbruchprojekt, ganz im Gegenteil, man „erwartete noch nichts von der Geschichte, es sei denn ihr Ende. Vielfach glaubte man in der letzten aller Zeiten und Reiche zu leben und stand unter dem Eindruck des bevorstehenden Weltuntergangs“ (Burkhardt 2002, S. 16). Unter diesem Blickwinkel sind auch eine Vielzahl von illustrierten Flugblättern und Flugschriften zu betrachten, die über Naturkatastrophen und Himmelserscheinungen berichteten, die künftiges Unheil ankündeten. „Das Weltbild war noch weitgehend statisch. Veränderungen wurden oft gar nicht wahrgenommen, wenn aber doch, dann verleugnet, als bloße Variation behandelt oder als Veränderung zum Schlechteren abgewertet. Wer etwas ändern wollte, berief sich noch nicht auf eine bessere Zukunft, sondern auf eine bessere Vergangenheit, die es wiederherzustellen gelte“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund sind auch die Reformbewegungen inner- und außerhalb der katholischen Kirche zu verstehen. Luther war bekanntlich nicht angetreten, um eine neue Konfession zu gründen, sondern vielmehr um seine Kirche wieder zu ihren Wurzeln und ihren ursprünglichen Werten und Idealen zurück zu führen. Die Reformation kann somit als „Aufstand der ‚Kirche‘ gegen die ‚Kirche‘“ (Kaufmann 2009, S. 17) bezeichnet werden.

Die konfessionelle Frage konnte in den meisten Territorien im Reich schon recht bald nach dem sogenannten Augsburger Religionsfrieden (1555) zugunsten einer der beiden Konfessionen entschieden werden. Hingegen existierte in den Habsburgischen Ländern über eine längere Zeit ein Nebeneinander der Konfessionen (vgl. Leeb 2004, S. 640). Grund dafür war in erster Linie, dass die Habsburgischen Landesherren in ihrem Selbstverständnis als katholische Herrscher strikt am alten Glauben festhielten, sich hingegen „in den habsburgischen Ländern und im Erzbistum Salzburg eine heftige und starke Frühreformation vollzog, in deren Folge die reformatorischen Überzeugungen auch einwurzeln konnten und im Laufe der Zeit in manchen Ländern fast der gesamte Adel (in den Donauländern und in Innerösterreich etwa 90%) evangelisch wurde“, dennoch aber streng genommen bis um 1570 illegal blieb (ebd.). Ausgehend von einer solchen Umgebung von Illegalität und dieser Rechnung tragend, ist zu einem großen Teil auch die zeitgenössische Publizistik in den Habsburgischen Ländern zu betrachten. Falsche Angaben von Impressen auf Flugblättern und Flugschriften, (illegale) Nachdrucke protestantischer Publikationen sowie massenhafter Import von protestantischen Drucken aus dem Reich waren zentrale Elemente von Medienproduktion und -rezeption unter diesen gegebenen Bedingungen (vgl. Kohler 1979).

Somit war für die alte katholische Kirche ihre eigene Erneuerung letztlich der einzig gangbare Ausweg, wenn man nicht neu anmutende Ideen und Programme

von anderen diktiert haben wollte. Mehr noch ging es aber darum, dem drohenden Verlust von sowohl kirchlicher als auch weltlicher Autorität im Reich, ja in ganz Europa, etwas entgegenzuhalten. Das Konzil von Trient, das sich in den Jahren zwischen 1545 und 1563 mit den reformatorischen Herausforderungen auseinanderzusetzen hatte, präsentierte als Ergebnis daher auch kein resignatives Sich-Anpassen an die neuen Gegebenheiten, sondern vielmehr eine Kampfansage an die momentane Situation, in die man sich mitunter auch selbst hinein manövriert hatte. Gleichzeitig bedeutete dies auch eine Kampfansage – im wahrsten Sinne des Wortes – an den konfessionellen Gegner.

Neuorganisation der kirchlichen Strukturen, exakte Formulierung des theologischen Standpunktes als eindeutige Abgrenzung gegenüber den anderen Konfessionen, Bildungs Offensive und verstärkte zentrale Kontrolle sind einige markante Schlagwörter zur Charakterisierung der katholischen Erneuerungsbewegung, bei der die Gesellschaft Jesu eine wesentliche Rolle zu spielen hatte. Das Konzept des Gründers der Gesellschaft Jesu, Ignatius von Loyola (vgl. Wolter 1973), war im Grunde einfach. Es sollte weniger um eine Fortführung der reformatorischen Dispute gehen, nicht um theologische Streitgespräche, denen der überwiegende Teil der Bevölkerung ohnehin kaum folgen konnte, vielmehr versuchte der Orden der Jesuiten über den emotionalen Bereich Zugang zu den Gläubigen zu erlangen. „Den Weg für die Aufnahme der katholischen Lehre sollte eine verständliche und an das ‚Herz‘ appellierende Rede im Vortrag, in der Predigt, in der Christenlehre, im vertraulichen Gespräch, in der Beichte und in den geistlichen Übungen bahnen – eine Rede, die sich vorrangig nicht an den Verstand, sondern an das Gefühl richtete“ (Heiß 1986, S. 18).

Ein zweites Standbein der jesuitischen Katholisierungsoffensive war das verstärkte Engagement im Bereich der Erziehung und Bildung junger Menschen. Das Konzept der Gesellschaft Jesu sah also von Anfang an vor, auch auf weltliche Machthaber möglichst früh Einfluss zu erlangen. Die zwei prominentesten und – „folgeschwersten“ – Produkte jesuitischer Obhut finden wir in Maximilian I. von Bayern und Kaiser Ferdinand II. Die beiden wurden in Ingolstadt von den Jesuiten erzogen und der jesuitische Einfluss wirkte sich zeitlebens auf sie und ihr Handeln aus. Vor allem Ferdinand II. machte seine – auch politischen – Entscheidungen meist von den Stellungnahmen seiner jesuitischen Berater abhängig. So konnte beispielsweise sein Beichtvater Wilhelm Lamormaini es wagen, „dem Kaiser die Absolution zu verweigern, wenn er mit der im kirchlichen Interesse geforderten Reform des Reichskammergerichts noch länger ‚wegen menschlicher Rücksichten‘, also um der politischen Lage willen, zögere“ (Franz 1977, S. 415).

Die soeben skizzierten Punkte des jesuitischen Aufgaben- und Einflussbereichs im Rahmen der katholischen Erneuerung zeigen deutlich das Feindbildpotential,

das in diesem Konzept von den konfessionellen Gegnern erkannt werden musste und in den zeitgenössischen Medien vielfach aufgegriffen wurde. So wurde etwa die Betonung der affektiven Seite im Zugang zu den Menschen als Falschheit und hinterhältige Heuchelei ausgelegt, die Arbeit im Bereich der Erziehung und Bildung im günstigsten Fall als Irreführung von Kindern beschrieben, im weniger günstigen Fall als Verführung zu Unzucht und kriminellen Handlungen dargestellt. Der Einfluss auf weltliche Machthaber, insbesondere natürlich auf den Kaiser, konnte ebenso nicht so ohne Weiteres gutgeheißen werden.

Wie derlei üblicherweise nicht der Fall ist, so ist auch der Dreißigjährige Krieg (1618-1648) nicht aus heiterem Himmel über die Menschen der Frühen Neuzeit hereingebrochen (vgl. Burkhardt 2009, S. 53). Hatte man seit dem Ende des Langen Türkenkriegs (1593-1606) das Problem der osmanischen Gefahr einigermaßen im Griff, so nutzte das Haus Habsburg die Gelegenheit, im sogenannten Bruderzwist zwischen Kaiser Rudolf II. und Erzherzog Matthias familiäre Querelen auszugetragen, wovon am Ende die Stände ganz klar als Profiteure hervorgehen sollten.

Nach dem Wegfall eines gemeinsamen äußeren Feindes, orientierte man sich nun auch im Reich wieder vermehrt am konfessionellen Gegner und irgendwann begannen man sich erneut zu verteidigen: die katholische Erneuerungsbewegung gegen den Verlust des wahren Glaubens und den Verlust des politischen Einflusses ihrer Repräsentanten, die Protestanten ihrerseits starteten eine Gegenoffensive gegen die Gegenreformation. Ergebnis all dessen war schließlich die Existenz zweier militärischer Verteidigungsbündnisse, der protestantischen Union und der katholischen Liga. Die Folge waren zahlreiche militärische Auseinandersetzungen sowie die Verwüstung halb Europas, das sich über drei Jahrzehnte hin erstreckte und im Rückblick als ein über dreißig Jahre andauernder Krieg memoriert wurde (vgl. etwa Burkhardt 1992 und speziell zu Wien: Weigl 2001). Abgesehen von dem unermesslichen menschlichen Leid, das eine erste Ahnung davon bot, was in späteren Jahrhunderten noch an Grausamkeiten geschehen sollte, schwächte der Friedensschluss von Münster und Osnabrück 1648 „die Position des Kaisers im Reich, verwies die kaiserliche Politik aber langfristig auf die Länder der Donaumonarchie und begünstigte die Ausbreitung des Einflussbereichs der Habsburger im Südosten“ (Vocelka 2000, S. 141). Unter medienhistorischen Gesichtspunkten war der Dreißigjährige Krieg „wie kein zweiter ein Flugblattkrieg, in dem die in der frühen Reformationszeit aufgekommenen Einblattdrucke mit schlagkräftigen Bild-Text-Kombinationen ihren Höhepunkt erreichten“ (Burkhardt 2009, S. 60).

2 Von der höfischen zur bürgerlichen Gesellschaft

Die Jahrzehnte nach dem neuerlichen erfolgreichen Zurückdrängen der Osmanischen Heere und dem Sieg auf dem Kahlenberg 1683 „werden häufig als das ‚Heldenzeitalter‘ Österreichs bezeichnet“, womit meist auf die militärischen Erfolge des Prinzen Eugen von Savoyen – insbesondere gegen die Osmanen und die weniger im kollektiven Gedächtnis Österreichs verankerten Schlachten gegen Frankreich im Rahmen des Spanischen Erbfolgekriegs (1701-1714) – Bezug genommen wird (Vocelka 2000, S. 141-145). Entscheidend für diese Erfolge waren auch strukturelle Veränderungen in politischen und administrativen Bereichen der Habsburgermonarchie im Laufe des 17. Jahrhunderts, einer Phase, die oft und gerne auch als „Österreichs Aufstieg zur Großmacht“ (Zöllner 1990, S. 246) beschrieben wird. Wesentlich dabei waren „der Ausbau des konfessionellen Absolutismus, die Aufstellung eines stehenden Heeres und der Aufbau einer Bürokratie, der es gelang, die Ressourcen der Länder besser zu erfassen“ (Vocelka 2000, S. 142). Damit zusammenhängend und in gewisser Weise auch als Folge dieser Veränderungen absolutistischer Herrschaft im Barockzeitalter wurde auch in Wien der Hof vermehrt zum „Entscheidungszentrum für immer zahlreichere Angelegenheiten“ sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur (Bruckmüller 2001, S. 153). Dieser Bedeutungszuwachs des Hofes ging einher mit seiner Funktion der Repräsentation, die dem Herrscher einerseits ermöglichte seinen Untertanen zu demonstrieren, „wo das Zentrum der Macht lag“, andererseits wurde so auch eine „Zone der *Distanz* zwischen der Majestät und der Untertanenschaft“ errichtet (ebd.). War der Hof also zweifelsohne Anziehungspunkt für machtorientierte Politiker, Wirtschaftstreibende oder auch Künstler, so bedeutete das gleichzeitig auch für den Monarchen, „die traditionelle Führungsschicht durch einen Prozeß der kulturellen und politischen Integration, der auf einem raffinierten System der Etikette, aber auch einer gezielten Patronagepolitik beruhte, für den monarchischen Staat zu gewinnen, und der entscheidende Ort, an dem dieser Integrationsprozeß stattfand, war der Hof“ (Asch 2005, S. 120; vgl. auch Pangerl/Scheut/Winkelbauer 2007, S. 8ff.). Auch wenn der Hof der Habsburger aufgrund ökonomischer Einschränkungen niemals jene repräsentativen Dimensionen wie beispielsweise der französische Hof unter Ludwig XIV. erreichte (vgl. Elias 1969/2007), galten die grundsätzlichen funktionalen Definitionen des absolutistischen Herrschaftszentrum auch für den Wiener Hof (vgl. Ehalt 1980; Duindam 2003). Damit in Verbindung steht ebenso eine Urbanisierung des Adels, die wiederum zu einer Veränderung der Adelskultur führte. „Der Adel entfernte sich stärker als in der Vergangenheit von der bäuerlichen Lebenswelt“ wodurch sich auch „Umgangsformen und Selbstbild des Adels“ änderten (Asch 2005, S. 125f.). Folgt man Norbert Elias (1939/2010),

„dann war der unkriegerisch gewordene Hofadel, der gelernt hatte, seine Neigung zur Gewalt zu beherrschen, auch politisch gezähmt worden. Der Königsmechanismus der absoluten Monarchie und die Sozialdisziplinierung des Zivilisationsprozesses hingen, so scheint es, eng zusammen“ (ebd., S. 127). Ehalt (1980, S. 23) hebt in diesem Zusammenhang auch den Aspekt der ökonomischen Abhängigkeit vom Fürsten hervor, der „den Hofadel als Opposition ausscheiden“ ließ.

Darüber hinaus verursachte im höfischen Kontext das dynastische Prinzip in regelmäßigen Abständen Probleme im Hinblick auf die Erbfolge. Schon im Falle des spanischen Erbes waren die Habsburger damit konfrontiert und Ähnliches drohte sich auch nach dem Tod Kaiser Karl VI. in Ermangelung eines männlichen Nachfolgers für die Erblande und das Reich abzuzeichnen. Karls Versuch, dieses Problem mittels der sogenannten *Pragmatischen Sanktion* (1713), die eine weibliche Erbfolge ermöglichen sollte, noch zu seinen Lebzeiten zu lösen, war allerdings gescheitert und führte nach seinem Tod neuerlich zu militärischen Auseinandersetzungen die Erbfolge betreffend (*Österreichischer Erbfolgekrieg* 1740-1748). Als ein Ergebnis dieser Konfrontation ist der Beginn des Aufstiegs Preußens zur Großmacht sowie die Anfänge der Rivalität zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in den deutschen Territorien zu sehen. Damit verbunden ist zum einen der Verlust von Schlesien sowie die Erweiterung der Habsburgermonarchie um nicht deutschsprachige Länder (Galizien, Lodomerien, Bukowina). Zum andern ist diese Phase gekennzeichnet durch erste Versuche, sprachlich und kulturell orientierte Nationalstaaten zu bilden. Waren diese neuen Staaten „zunächst durchwegs von ihren Herrschern symbolisiert, aus deren höfischer Machtakkumulation sie ja hervorgegangen waren“, so wurde „aus dem von den Fürsten der frühen Neuzeit geschaffenen Verband von fürstlichen Untertanen einer von Staatsuntertanen – und schließlich von Staatsbürgern“ (Bruckmüller 1996, S. 22). Dieser Prozess erfuhr im 19. Jahrhundert im Zuge des von Herder geprägten Nationalismus (vgl. etwa Echternkamp 1998, S. 99f; Jansen/Borggräfe 2007, S. 39f.) eine massive Beschleunigung, wobei als Nationalstaat der Deutschen zunehmend auch von der deutschsprachigen Bevölkerung des Habsburgerreichs jener unter preußischer Führung verstanden wurde. Die Notwendigkeit einer Lösung der *deutschen Frage* wurde nach der auf Druck von Napoleon niedergelegten Kaiserkrone durch Franz II./I. und dem Ende des Heiligen Römischen Reichs 1806 (vgl. Mazohl-Wallnig/Bösche 2005) zunehmend dringlicher. Der Rückzug der Habsburger auf ein österreichisches Kaisertum 1804 – schon in Vorahnung auf das Ende des Heiligen Römischen Reichs – und die auf dem Wiener Kongress scheinbar wiederhergestellte Ordnung mit dem *Deutschen Bund* als Ersatz für das Alte Reich konnte letztlich die österreichisch-preußischen Divergenzen hinsichtlich der Deutschen Frage nicht lösen; dies sollte erst 1866 in Folge der Schlacht bei Königgrätz zu Gunsten der *Kleindeutschen Lösung* geschehen.

Auch wenn während der Jahrzehnte der herrschaftlichen Stabilisierung des Habsburgerreichs, der Etablierung eines österreichischen Absolutismus sowie unter den Bedingungen eines „erstarrten, geistesarmen öffentlichen Lebens“ (Schottenloher 1922, S. 328) mit dem *Wien(n)erischen Diarium* (vgl. Reisner und Schiemer in diesem Band) die Gründung einer der ältesten Tageszeitungen gelungen war, so war es in der Folge das (aufgeklärte) Bürgertum (vgl. Bruckmüller & Stekl 1995), das auch in Österreich maßgeblich zur Entwicklung des Zeitungswesens und der Etablierung einer bürgerlichen – rasonierenden (Habermas 1962/1990) – Öffentlichkeit beitrug (vgl. Seidler in diesem Band). Der Aufstieg des (städtischen) Bürgertums ist daher in enger Verbindung mit Aufstieg und Ausdifferenzierung des Mediums Zeitung zu sehen (vgl. Faulstich 2006, S. 21). In den Jahren des aufgeklärten Absolutismus unter Joseph II. und in Folge der Lockerung der Zensurbestimmungen (vgl. Fußnote 3 bei Seidler in diesem Band) konnten sich Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren sowohl als Medien eines aufstrebenden Bürgertums entwickeln, die zum einen die Formulierung eines neuen bürgerlichen Selbstverständnisses sowie die Etablierung einer bürgerlichen Öffentlichkeit ermöglichten. „Nach Jahrhunderten langer Unmündigkeit ermöglichte § 3 des Zensurpatents ein freies, politisches Rasonnement und ließ jene Literatur entstehen, deren ausgeprägtes Charakteristikum die Kritik war“ (Lunzer 1979, S. 53). In einer durch Bildung begründeten Abgrenzung, sowohl gegenüber dem geburtsständischen Adel auf der einen Seite, als auch gegenüber den unteren Schichten der Handwerker, Kleinbürger, Bauern und Bediensteten auf der anderen Seite, sowie getragen von den Druckmedien Zeitschrift, Zeitung, Flugblatt und Buch, entwickelte das Bürgertum eine bürgerliche Identität als neue urbane Klasse „einer übergreifend vernetzten Waren- und Informationsgesellschaft“ (Faulstich 2006, S. 17f.). Damit einher gehend wurden diese Printmedien nun auch vermehrt als ökonomisches Produkt einer bürgerlichen Unternehmerkultur erkannt, womit in der Folge ebenso die Werbung durch und für Druckwerke weiter an Bedeutung gewinnen konnte (vgl. Faulstich 2006, S. 25; Pelgen 2009).

3 Zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg

Unter Miteinbeziehung der großen Kriege als Eckpunkte, Koalitionskriege auf der einen und der Erste Weltkrieg auf der anderen Seite, wird diese Zeitspanne (1792-1918) in der Forschung häufig auch „langes 19. Jahrhundert“ bezeichnet (vgl. Kocka 2001; Bauer 2004; Freytag/Petzold 2007). Gekennzeichnet ist diese Periode durch die Industrialisierung und damit einhergehendem technischen Fortschritt, eine weitere Zunahme an ökonomischer und gesellschaftlicher Bedeutung des

Bürgertums und in der Folge die revolutionäre Einforderung politischer Macht, Bevölkerungswachstum, Wanderbewegungen, Urbanisierung und die Entstehung einer zusehends verarmenden Handwerker- und Arbeiterklasse sowie schließlich die Bildung von nationalistischen Bewegungen und die Entstehung neuer, unabhängiger Nationalstaaten (vgl. Kocka 2001; Osterhammel 2009). Das „lange 19. Jahrhundert“ stellt somit „einen historischen Ort zwischen dem ‚Alten Europa‘ des Ancien Régime und den hochindustrialisierten Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts“ dar (Siemann 2007, S. 26).

Nach dem Westfälischen Frieden (1648) war der Wiener Kongress (1814/15) der zweite große europäische Nachkriegskongress. Dabei ging es in erster Linie darum, die Ordnung Europas nach der französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen wiederherzustellen oder überhaupt erst zu erfinden (vgl. Just et al 2014). Die zentrale Frage dabei war also, wie diese europäische Ordnung aussehen sollte, um zu gewährleisten, „dass nach einem Vierteljahrhundert revolutionärer Umtriebe wieder ein gewisses Maß an Stabilität Einzug“ halten würde (Duchhardt 2013, S. 16f; vgl. aktuell auch Stauber, Kerschbaumer und Koschier 2014). In gängigen Darstellungen und Lehrbüchern (etwa Vocolka 2000, S. 175) wird als Ziel und Ergebnis der Wiener Verhandlungen gerne der Terminus „Restauration“ verwendet, meist mit dem Zusatz, dass eine Wiederherstellung vorrevolutionärer Verhältnisse ohnehin nicht mehr möglich gewesen wäre. Solches wurde im Übrigen von den Staatsmännern auf dem Kongress nicht vordringlich angestrebt, vielmehr ging es „um die Sicherung strategisch-militärischer Einflusszonen und günstige territoriale Konstellationen im Interesse der vier siegreichen Großmächte“ (Stauber 2014, S. 12f; vgl. dazu auch Fellner 2014, S. 9). Österreich konnte unter den gegebenen Bedingungen durchaus territoriale Gewinne verbuchen, wobei von der österreichischen Diplomatie „die Tendenz der Abstoßung schwer haltbarer Außenposten“ vertreten wurde, „um dafür eine geschlossene, möglichst abgerundete, geographische Einheit der Monarchie zu gewinnen“ (Zöllner 1990, S. 347).

Die Konzentration auf Aspekte der (Neu)Verteilung von Territorien und politischem Einfluss ließ – insbesondere für die Habsburgermonarchie – die Beantwortung wichtiger Fragen wie „nationale oder demokratische Bestrebungen der Völker“ (Zöllner 1990, S. 349) in den Hintergrund rücken. Hingegen sollte die Betonung einer christlichen Tradition der europäischen Länder möglichen revolutionären Ideen als Gegenpol dienen. „Der Geist des Christentums sollte – wenigstens grundsätzlich – die Politik der ‚Heiligen Allianz‘ leiten; jenes am 26. September 1815 zunächst als Dreiervertrag zwischen dem Kaiser von Österreich, dem Zaren und dem König von Preußen begründeten Weltfriedensbundes, dem alsbald [nahezu] alle europäischen Staaten beitraten“ (Zöllner 1990, S. 350).

Österreichische Mediengeschichte

Band 1: Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung
des Mediensystems (1500 bis 1918)

Karmasin, M.; Oggolder, C. (Hrsg.)

2016, VI, 253 S. 1 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-11007-9